

# Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Verleger: **Waldemar Dresden.**  
Verlagsnummer 25 241  
Für die Nachdrucke: 20011.

**Bezugs-Gebühr** in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zustellung, durch die Post bei täglich einmaliger Bestellung monatlich 0,50 M., vierteljährlich 1,50 M., Die 11paltige 87 mm breite Zeile 2 M., bei Familienbezügen, Kassen und Stellen- u. Wohnungsmarkt, 11paltige 87 mm u. 10paltige 25 mm, Vorspannlinie laut Tarif. Unverändliche Aufträge gegen Vorauszahlung. Einzelnummer 30 Pf.

**Druckerei und Buchdruckerei:**  
Marianstraße 38/40.  
Druck u. Verlag von **Liesch & Reichardt** in Dresden.  
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unserlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Große  
**Möbel-Ausstellung**  
Altmarkt Roth & Co. Bergelbhaus

**Kaffee-Kasino**  
Seestraße 7  
Stimmungskonzerte des Kapellm. Herrn E. Rost  
im Trianon: Der beliebte Zitherfranzosel

**Drucksachen für Handel und Gewerbe**  
Schnelle Lieferung :: Beste Ausführung  
**Buchdruckerei Liesch & Reichardt**  
Fernsprechnummer 25241 — — Marienstraße Nr. 38/40

## Die Entrechtung der Reichsobererschlesier.

### Der Einspruch gegen das Abstimmungsreglement.

Berlin, 19. Jan. Die deutsche Regierung hat gegen die von der internationalen Kommission in Duppeln erlassenen Vorschriften für die Abstimmung in Oberschlesien bei der Volksabstimmung und bei den Regierungen in Paris, London und Rom einen eingehend begründeten Einspruch erhoben. In der Note wird zunächst darauf hingewiesen, daß die unter dem 30. Dezember 1920 erlassenen Vorschriften dem deutschen Bevollmächtigten in Duppeln erst am 4. Januar 1921 übergeben worden sind. Diese Vorschriften seien erlassen worden, ohne daß über ihren Inhalt mit dem deutschen Bevollmächtigten in Duppeln oder den in Oberschlesien vorhandenen Organisationen der Deutschland ausreichenden Abstimmungsberichtigungen in Verbindung getreten worden wäre. Auch der vom internationalen Ausschuss genehmigte partielle Beitrag sei wider Erwartung bei der Aufstellung der Abstimmungsbedingungen nicht beteiligt worden, während nach zuverlässigen Meldungen

den Polen Gelegenheiten gegeben worden sei, ihre Wünsche zum Ausdruck zu bringen (!!).

Die Note hebt dann hervor, daß die Abstimmungsbedingungen einmal unmittelbare Verletzungen des Friedensvertrages enthalten, sodann Bestimmungen, die sich als unbillig, einseitig gegen den deutschen Teil der Stimmberechtigten gerichtet hätten darstellen, und endlich solche, die technisch unausführbar sind.

In Anlagen wird eine Zusammenstellung der deutschen Forderungen zu den einzelnen Artikeln der Abstimmungsbedingungen nebst einer Denkschrift überreicht, in der die wesentlichen Punkte der Abstimmungsbedingungen zu erhebenden Mängel dargelegt werden.

### Verletzungen des Friedensvertrages

zum Nachteil der deutschen Interessen erlidi die deutsche Regierung darin, daß die kleinen Ostbezirke nicht als selbständige Wahlbezirke anerkannt werden, und daß den Gemeinden Gostich, Dörschütz und Sandau im Kreis Ratibor die Abstimmungsberichtigung verweigert wird. Eine weitere Verletzung des Vertrages würde es bedeuten, wenn ohne Zustimmung der beteiligten

Mächte verschiedene Wahltag festgesetzt werden sollten, da hierdurch die nach dem Friedensvertrage zu fordernde Einheitslichkeit des Wahltages beeinträchtigt werden würde. Den Grundgedanken der Billigkeit und dem Geiste des Friedensvertrages widerspricht 1. die Vorschrift, wonach diejenigen Personen dann stimmberechtigt sein sollen, wenn sie mindestens seit 1. Januar 1904 im Abstimmungsgebiete ununterbrochen wohnen. Diese Bestimmung begünstigt offensichtlich die Polen und benachteiligt viele schlesische Deutsche. 2. Die Vorschriften über die Eintragung in die Stimmlisten, die Voraussetzungen, die hier an die Eintragung in Oberschlesien geborener, aber außerhalb wohnender Stimmberechtigter und der in Oberschlesien wohnenden, aber außerhalb geborenen Stimmberechtigten geknüpft werden, und die einen Teil der Stimmberechtigten von der Abstimmung ausschließen. 3. Die für die verschiedenen Vorbereitungsarbeiten zur Volksabstimmung vorgeschriebenen Fristen, die völlig unzureichend sind. 4. Die Vorschrift, daß alle Beamten von jeder Mitwirkung in den zu bildenden Abstimmungsbehörden ausgeschlossen werden. Sie ist ausschließlich gegen die deutschen Interessen gerichtet. 5. Die Strafbestimmungen.

Die Note schließt: Die deutsche Regierung kann die Vorschriften für die Abstimmung als Grundlage für die Volksabstimmung in Oberschlesien im Sinne des Friedensvertrages nicht anerkennen. Sie bittet, darauf hinzuwirken, daß sie einer Revision unterzogen werden. (W. T. B.)

### Drohungen Korfants.

Berlin, 19. Jan. Der polnische Plebiszitkommissar Korfants droht in der „Oberschlesischen Grenzzeitung“, nach der Abstimmung die deutschen Propagandisten rückwärtslos zur Verantwortung zu ziehen, und erklärt: Wir haben Geduld und können warten. Einweilen lasse ich genaue Listen aller dieser deutschen Grenzräuber anlegen und die Zeugenaussagen sammeln. Die Vergehen (!) verfahren ja nicht, und nach der Abstimmung werden die Schuldigen der verdienten Strafe anheim fallen. (DA.)

Korfants mag sich beruhigen. Nach der Abstimmung wird Korfants in Oberschlesien nichts mehr zu sagen haben.

## Der „Temp“ über die deutsche Antwort zur Entschädigung.

Paris, 19. Jan. Der „Temp“ meldet: Staatssekretär Bergmann habe nach Paris die Antwort der deutschen Regierung auf den französischen Vorschlag, fünf Jahre hindurch Sachleistungen im Werte von 3 Milliarden Goldmark jährlich zu machen, die auf das Reparationskonto gutzuschreiben seien, mitgebracht. Deutschland sei bereit, auf der französischen Basis zu verhandeln, wolle sich aber nicht verpflichten, 3 Milliarden Goldmark zu zahlen, jedoch schlage es offiziell keine andere Summe vor. Die deutsche Regierung gebe zu erkennen, daß sie ein anderes Verfahren vorschlagen würde, nämlich die Gesamtschuld festzusetzen. Der „Temp“ hat, durch die deutsche Antwort sei eine neue Lage geschaffen. Die Alliierten müßten beraten. Zwei Gesichtspunkte müßten im Auge behalten werden: die Verringerung der deutschen Schuld und die Beteiligung an dem aufstrebenden Aufschwung Deutschlands. Der „Temp“ empfiehlt als Grundlage der Beratungen der Alliierten den englischen Vorschlag von Duffe. Anmerkung des W. T. B.: An deutscher ausländischer Stelle wird die Nachricht des „Temp“ in dieser Form nicht für richtig gehalten.

### Die deutsch-belgischen Verhandlungen.

Berlin, 19. Jan. Die zu Verhandlungen über die Rücknahme der belgischen Marktbeschränkungen in Brüssel eingetroffene deutsche Delegation hat mehrere Unterredungen mit den belgischen Ministern gehabt. Es hat ein Meinungsaustrausch stattgefunden, der es nötig machte, daß die deutschen Delegierten nach Berlin zurückkehrten, um neue Weisungen einzubolen. Die Verhandlungen werden demnächst wieder aufgenommen werden. (W. T. B.)

### Graf Sforza über die italienische Politik.

Kopenhagen, 19. Jan. Ein Korrespondent von „Posten“ hatte in Rom ein Gespräch mit dem Grafen Sforza. Nach dem Bericht des dänischen Blattes sagte der italienische Minister auf die Frage nach der Entlassung der deutschen Einwohnerviehren: Unter grundlegendem Gesichtspunkt ist der, daß man es Deutschland möglich machen müsse, die Verpflichtungen zu erfüllen, wie es sie mit dem Versailler Vertrage übernommen hat. Man muß das Land in den Stand setzen, die notwendigen Entschädigungen zu bezahlen, aber auch die Sicherheit im Innern mit genügenden Truppenmengen aufrecht zu erhalten. Ueber die kleine Entente sagte Graf Sforza: Wir haben mit der Tschecho-Slowakei das gemeinsame Interesse, daß Österreich-Ungarn nicht wieder als Kaiserreich entstehe. Schließlich sprach sich Graf Sforza für eine Revision des Vertrages von Sevres mit Gewährnung der Selbstverwaltung für Smarna aus.

### Der neue ungarische Minister des Außereren.

Budapest, 19. Jan. Gustav Graf, früher ungarischer Gesandter in Wien, ist zum Minister des Außereren ernannt worden. (W. T. B.)

## Ein neues antibolschewistisches Heer.

Berlin, 19. Jan. Während der Waffenstillstandsverhandlungen zwischen Sowjetrußland und Polen wurde beiderseitig eine neutrale Zone geschaffen, die keine der beiden Parteien betreten durfte. Jetzt hat sich in diesem Gebietsabschnitt unter dem Oberbefehl des Generals Belagowitsch ein neues antibolschewistisches Kampfelement gebildet, das den Namen „Grüne Eide“ führt und zum Eintritt in die vereinigte Armee zur Befreiung und Unabhängigkeit Rußlands aufruft. Den Stamm dieser Armee bilden die 6000 Soldaten des von den Polen unterführten Generals Belagowitsch, verstärkt durch kleinere bisher selbständig operierende Truppen und Ueberläufer der Bolschewisten. Die Panern unterstützen die „Grünen“ mit Lebensmitteln und gewähren ihnen Quartier. Bei einem Zusammenstoß der Roten und Grünen, der dieser Tage in den Wäldern bei Worissow-erfolgte, ging die Mehrzahl der Rotgardisten zu den Grünen über. Gegenwärtig befindet sich die ganze Linie Stuhl-Winif-Worissow in den Händen der Grünen. Ueber Winif ist der Belagerungszustand verhängt.

### Abberufung Wigdor Kopp.

Berlin, 19. Jan. Der in Berlin tätige russische Kommissar für den Gefangenenaustrausch Wigdor Kopp ist von der Sowjetregierung abberufen und aufgefordert worden, umgehend nach Rußland zurückzukehren.

## Blutige Kämpfe in Dublin und Cork.

London, 19. Jan. Englische Truppen haben einen großen Teil der Stadt Dublin besetzt. In dem besetzten Viertel wurden alle Häuser durchsucht. Die Einwohner der oberen Stockwerke erhielten 20 Minuten Zeit, um ihre Wohnungen zu verlassen. An den Fenstern wurden sofort Maschinengewehre untergebracht, die das ganze Stadtviertel beherrschten. Auch die Stadt Cork wurde von verstärkten Militärabteilungen besetzt. Darauf haben sich in der Nacht schwere Straßenkämpfe abgepielt. Es wurde aus den Fenstern auf die Truppen geschossen, die das Feuer mit Maschinengewehren erwiderten. Zahlreiche Soldaten und Zivilisten wurden verwundet.

### Die begehrten chemischen Fabriksgeheimnisse.

Genä, 19. Jan. Die Gefahr, daß der Oberste Rat bald die Auslieferung der deutschen chemischen Fabriksgeheimnisse verlangen wird, nimmt greifbare Formen an. In London setzt sich Ebdurhill eifrig für diesen Gedanken ein. Die nächste Sitzung des Obersten Rates soll darüber entscheiden.

### Verhaftung von Orgeschführern.

Berlin, 19. Jan. Wegen unerlaubter Verbandsbildung militärischer Art (?) wurden im Waldenburger Ackerfeld folgende Orgeschführer verhaftet: Bezirksleiter ehemaliger Hauptmann Westlicenow, ehemaliger Stützpunktchef, Direktor Vertrom und Justizobersekretär Arbeiter und Oberingenieur Grohmann.

## Es fehlt an Befehlen...

Bei der Beratung des Etats des Reichsarbeitsministeriums im Hauptauschuss hat der Arbeitsminister Dr. Brauns eine große Reihe von Gesetzen angekündigt, die alle in der nächsten Zeit erliegen werden sollen. Ein Entwurf über die Vertretung der Betriebsräte im Aufsichtsrat ist bereits fertiggestellt, ein Gesetz über die Vertretung der Betriebsräte wird im Reichsjustizministerium eine neue Arbeitsordnung wird im Reichsarbeitsministerium ausgearbeitet, außerdem „auf dem Gebiete des Arbeiterrechtes die verschiedenen Gesetzentwürfe“, als da sind Gewerbeaufsichtsgesetz, Arbeitsnachweisesetz, neue Bestimmungen über die Erwerbslosenfürsorge (im Sinne eines Ueberganges zur Arbeitslosenversicherung) und endlich ein einheitliches Arbeitsrecht. Früher schon wurde angekündigt die Reform des Schlichtungswesens. Es ist gewiß alles schön und gut, was hier im großen Topfe des Reichsarbeitsministeriums an neuen Gesetzen ausgekocht wird. Auch notwendig sind sie, das soll nicht bestritten werden. Der Reichskanzler hat sie einst in seinem Programm angekündigt, sie müssen also kommen. Der normale Staatsbürger, zu dessen Wohl ja doch die Gesetzgebungsmaschine laufen soll, kann sich aber eines leichten Schauders nicht erwehren, wenn ihm ein solches Programm vorgelesen wird. Was sind in den letzten Jahren nicht für Gesetze gemacht worden! Das Reichsgesetzblatt ist zu einem ungewöhnlichen Umfang angeschwollen, kaum ein „gelernter“ Jurist findet sich mehr darin zurecht. Wohin soll es führen, wenn die Natur der neuen Gesetze noch nicht aufhört und jedes Ministerium von dem Chocra besessen ist, in jedem Kommissariat des Reichstaats mindestens ein rundes Dutzend neuer Entwürfe vorzuliegen, wobei all die Einführungsbestimmungen und Verordnungen nicht mitgerechnet sind? Es führt zu einer allgemeinen Rechtsunsicherheit, zu einer verhängnisvollen Belastung des Verwaltungsapparats, zu einem Aufschwellen des Beamtenbestandes und letzten Endes zu einer Demmung der produktiven Arbeit, zur Aufschüttelung des schlafenden Menschenverstandes und dem Triumph des Paragrafen und toten Buchstabens.

Das sind die Früchte, die am Baume des deutschen Parlamentarismus gewachsen sind. Dabei ist zu bedenken, daß neben dem Reichstag noch eine Anzahl von einzelstaatlichen Parlamenten arbeiten, die sämtlich das lebhafteste Streben haben, auch ihrerseits durch rasche Gesetzgebung ihre Daseinsberechtigung zu erweisen. Es liegt in der Natur unserer staatlichen Organisation, in dem heute lebendiger als je zutage tretenden Stammesgefühl und Stammesbewußtsein, daß diese Gesetze häufig im Widerspruch zu denen im Reich stehen und sich so Konflikte ergeben, die man wiederum im Wege der Gesetzgebung aus der Welt zu schaffen sucht. Man denke nur an die Gesetze der Beamtenbesoldung, Ordnung und des Sperrgesetzes. Auf diese Weise wird nicht nur die Regierung, sondern auch die Volksvertretung ihren elementarsten Aufgaben völlig entfremdet. Wie haben wiederholt schon auf die Tatsache hingewiesen, daß noch immer der Etat für das Jahr 1920 nicht verabschiedet ist. Wenn nun die Werbung, die Gesetzgebung mit der Beibringung immer neuer Gesetze zu veranlassen, beschaffen wird, dann kann man von Glück sagen, wenn in der jetzigen Legislaturperiode überhaupt ein Haushaltsplan verabschiedet wird. Was ist die Folge heute schon? Daß das Staatsrecht des Reichs ohne Gegenstandes wird, daß die gesamte Finanzverwaltung der Bürokratie überlassen bleibt. Wenn man sich erinnert, mit welcher Erbitterung die Väter der Verfassung des heutigen parlamentarischen Systems in der Konfliktzeit der sechziger Jahre einen Wilmard bekämpft haben, weil er in kritischen Zeiten das Staatsrecht des preussischen Königs nicht beachtet hat, und dem gegenüberhält, daß heute die Volksvertretung dieses wichtige Recht selbst preisgibt, dann fällt es moßlich schwer, dem Parlamentarismus gegenüber eine konderliche Achtung aufzubringen. Es wird zu viel reiniert in Deutschland. Es wird heute viel mehr reiniert und viel autoritärer, als unter dem „Ruchselbenden“ alten System, wo der Reichstag tatsächlich noch eine Kontroll-Funktion gewesen ist. Denn ist er zu einem Reaktionsorgan geworden, was dazu zu einem, das in der Mehrzahl der Fälle nicht entscheidet noch sachlichen Gesichtspunkten, sondern nach den unklaren augenblicklichen Wünschen der Masse. Es ist nicht zu viel gesagt, wenn wir behaupten, daß mindestens die Hälfte der vom Reichsarbeitsminister neu angekündigten Entwürfe überflüssig und unnötig wäre, wenn wir eine Verwaltungsreform hätten, wie sie sein müßte.

Aber wie sollen die Verwaltungsorgane instande sein, sich in den Weis der Gesetze hineinzuwenden wenn sie schon Tag neue Vorschriften bekommen, wenn bei jeder Gelegenheit neue Verordnungen erlassen werden, durch die die bisherige Regelung durchbrochen wird? Weil aber die Verwaltung nicht nach Wunsch funktioniert, werden Gesetze gemacht. Es ist ein wahnsinniger circulus vitiosus, in dem sich bei uns alles dreht und so lange dreht muß, als die Partizipation im Vordergrund steht und sachliche Arbeit nicht geachtet wird. Aus diesem System müssen wir aber heraus. Es ist die höchste Zeit dazu. Man soll sich an den Erfahrungen, die mit Eraberger's Finanzgesetzen gemacht worden sind, genau sein lassen, soll das Wenige, was uns noch geblieben ist, vernünftig verwalten und sich wieder an die alte Wahrheit erinnern, daß eine gute Regierung mög-